

#ADELTINFORMIERT



Der Innenausschuss des Landtages war im Rahmen seiner Informationsreise unter anderem auch zu Gast beim IOC. Mehr dazu auf Seite 4.

Liebe Leserinnen und Leser,

der verbrecherische Krieg Putins, der Angriff Russlands auf die Ukraine und die damit verbundenen Auswirkungen beschäftigen uns auch im Bayerischen Landtag. Gerade wenn es um unsere Städte und Gemeinden geht. Die Stadtverwaltungen, aber auch die Lehrerinnen und Lehrer und die Erzieherinnen und Erzieher leisten bei der Aufnahme und Integration ukrainischer Flüchtlinge eine tolle Arbeit. Dabei müssen sie auch weiterhin finanziell unterstützt werden! Es kann nicht sein, dass die Städte und Gemeinden ab dem 1. Juni mit einem Wechsel der Geflüchteten zum Jobcenter ein Drittel der Kosten für die Unterkunft zu stemmen haben. Das ist nach der Corona-Pandemie nicht leistbar für viele.

Sei es die Digitalisierung, die Pande-

mie oder jetzt die Flüchtlingskrise – gerade in den Verwaltungen ist in den letzten Jahren viel Arbeit angelaufen. Gleichzeitig steht eine große Pensionierungswelle vor der Tür und der Öffentliche Dienst tut sich angesichts vieler offener und lukrativer Stellen in der freien Wirtschaft schwer, genügend Nachwuchs zu generieren. Ein Thema, dem ich mich in den nächsten eineinhalb Jahren verstärkt widmen werde als neues Mitglied der SPD im Ausschuss für öffentliche Fragen.

Was sonst noch so passiert ist, können Sie auf den folgenden Seiten lesen.

Viel Spaß bei der Lektüre.

Ihr Klaus Adelt, MdL

INHALT

Förderchaos: Über eine Milliarde Euro bleiben liegen | 2

Energiepreise: Adelt setzt sich für Unternehmen ein | 3-4

Entwicklung: Ländliche Regionen nicht benachteiligen | 5



Abgeordneten-Newsletter
Klaus Adelt



Landtagsreport

Neues aus dem Kommunal- und Innenausschuss:

Förderchaos in Bayern. In vier Jahren blieben über eine Milliarde Euro liegen – aber ändern will die Staatsregierung nichts. CSU und FW lehnen Prüfantrag zu Förderprogrammen ab.



munen viel Arbeit mit sich bringe. Anträge müssen gestellt und ihnen zugrundeliegende Konzepte erarbeitet werden, Zuwendungsbescheide eingereicht und Nachweise erbracht werden. Das bindet Personal, das viele Städte und Gemeinden nicht haben, erklärt der Abgeordnete. Seit Jahren kämpft Adelt deshalb für ein Umdenken: „Weniger Förderbürokratismus mehr Eigenverantwortung vor Ort!“. Entsprechend wollten die Sozialdemokraten zum Beispiel prüfen lassen, inwieweit Förderprogramme gebündelter und damit effizienter gestaltet werden können oder ob es bei den Regierungen mehr Personal braucht, um die Bearbeitungsdauer der einzelnen Anträge verkürzen zu können.

Bayern leistet sich knapp 300 eigene kommunale Programme und ist zudem an rund 50 Programmen des Bundes und der Europäischen Union beteiligt. Allein über die Programme des Freistaates wurden von 2014 bis 2018 beispielsweise knapp 14 Milliarden Euro an Fördermitteln ausgeschüttet. Im gleichen Zeitraum blieben aber auch 1,18 Milliarden Euro liegen, weil sie nicht abgerufen wurden.

Fördersystem funktioniert nicht

„Das Geld bleibt zwar im Staats-

haushalt und wird dann an anderer Stelle verwendet, es zeigt aber doch, dass das ganze Fördersystem nicht funktioniert“, findet der kommunalpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Klaus Adelt. Die SPD-Landtagsfraktion hatte deshalb vor kurzem einen Antrag eingebracht, mit dem sie Bayerns Förderpolitik auf den Prüfstand stellen wollte. „Wir haben so viele Programme, da kennt sich doch keiner mehr aus, welche Töpfe es eigentlich gibt“, kritisierte Adelt. Hinzukomme – so der Abgeordnete – dass jedes einzelne Programm für die Kom-

Kein in Licht ins Dunkel

CSU und Freie Wähler sahen allerdings keinen Handlungsbedarf. Sie haben den Prüfantrag im Innenausschuss abgelehnt. Der SPD-Kommunalexperte kritisiert das aufs Schärfste: „Die Regierungsparteien wollen nicht nur nicht mehr Licht ins Förderdickicht bringen, sie wollen sich das Förderdickicht nicht mal anschauen. Sie verschließen im wahrsten Sinne des Wortes ihre Augen vor den realen Problemen der bayerischen Förderpolitik.“

Seit Mai: Adelt jetzt auch Mitglied im „Personalausschuss des Freistaates“

Bis zum Ende der Legislatur wird der Hofer SPD-Abgeordnete Klaus Adelt in zwei Ausschüssen mitarbeiten. Neben dem Innenausschuss vertritt der Selbztzer die SPD-Landtagsfraktion als Mitglied im Ausschuss für Fragen des öffentlichen



Dienstes künftig auch die Interessen der Angestellten und Beamten des Freistaates. Bis dato war Arif Tasdelen für die SPD im Ausschuss, der nun aber für die Sozialdemokraten in den 2. NSU-Untersuchungsausschuss gehen wird.

Der größte Arbeitgeber in Bayern ist der Freistaat selbst. Sei es

verbeamtet oder angestellt – weit über 300.000 Menschen arbeiten beim und für den Freistaat. Sie alle haben mit dem Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes einen zentralen Ansprechpartner im Parlament. Das ist einmalig in Deutschland.

Er befasst sich beispielsweise mit Fragen des Beamten-, Tarif- und Dienstrechts, mit Besoldungs- und Versorgungsangelegenheiten oder kümmert sich um die Belange der Inklusion und Gleichstellung im öffentlichen Dienst, Ausbildung, Digitalisierung und Fachkräftegewinnung.

Für Klaus Adelt ein wichtiges

Gremium. Die Beamten und Beschäftigten des Freistaates seien „das Rückgrat des Staates“, findet der Abgeordnete. Deren Belange zu vertreten und den Freistaat als attraktiven Arbeitgeber in Zeiten der Digitalisierung weiterzuentwickeln ist wichtig: „Wir steuern auf einen massiven Fachkräftemangel zu, der auch vor der Verwaltung keinen Halt macht. Es ist wichtig, dass der öffentliche Dienst mit der freien Wirtschaft mithalten kann. Dabei spielen flexible Arbeitszeitmodelle ebenso eine Rolle wie eine attraktive Vergütung und Weiterbildungsmöglichkeiten“, weiß Adelt, der als langjähriger Bürgermeister selbst viele Jahre einer Verwaltung vorstand. „Ich freue mich auf die neue Aufgabe!“, so der SPD-Politiker.

Adelt besucht Münchberger Hightech-Textilunternehmen Iprotex GmbH & Co. KG

Energiepreis-Schock: Adelt will sich für Entlastung der heimischen Industrie einsetzen – Textil- und Keramikbranche brauchen Unterstützung!

„Die im Zuge des Ukraine-Kriegs massiv angestiegenen Energiekosten machen nicht nur der Bevölkerung zu schaffen, sondern auch der heimischen Industrie. Der Hofer SPD-Landtagsabgeordnete Klaus Adelt hat sich deshalb mit dem Geschäftsführer und Inhaber des Münchberger Textilunternehmens Iprotex, Timo Piwonski, getroffen, um sich erläutern zu lassen, vor welchen Herausforderungen die Wirtschaft vor Ort steht.“

Piwonski, der auch Sprecher von OfraCar, einem Netzwerk oberfränkischer Automobilzulieferer ist, wird gegenüber dem Abgeordneten deutlich: „Diese Energiepreisexplosion ist für viele

Unternehmen schlichtweg existenzbedrohend. Wir sind nicht mehr wettbewerbsfähig.“ Als Unternehmen mache man das gleiche wie vor einem Jahr, man sei immer noch das gleiche Unternehmen aber die Rahmenbedingungen seien völlig andere. Piwonski will von der Politik Lösungen, denn hier sieht der Geschäftsführer auch das Problem. „Wir haben Niederlassungen in Frankreich, in Osteuropa, China, Afrika, Mittel- und Nordamerika – aber nirgendwo habe ich eine Preisentwicklung wie in Deutschland.“ Geht es nach Piwonski muss beim Energiemix umgedacht werden. Es sei richtig, die erneuerbaren Energien auszubauen und sich so unabhängiger

zu machen. Sein Unternehmen habe bereits seit 2018 eigene PV-Anlagen in Betrieb. Es brauche aber jetzt weitergehende Lösungen und nicht in ein paar Jahren. „Bisher werden 80 Prozent seiner Produkte in Deutschland produziert und 20 Prozent im Ausland. Unter diesen Rahmenbedingungen ist diese Quote nicht zu halten“, warnt der Unternehmer. Adelt pflichtet Piwonski bei. „Trotz massiven Ausbaus der erneuerbaren Energien werden wir in der aktuellen Situation auf Kohle leider nicht verzichten können.“ Was die Atomenergie betrifft, kommt Adelt allerdings zu einem anderen Schluss. Das höre sich einfacher an als es ist, meint der Abgeordnete. Die drei noch am Netz be-

findlichen Atom-Meiler könnten aufgrund fehlender Brennstäbe nicht ohne weiteres weiterlaufen. Auch hätte der Weiterbetrieb keine Auswirkungen auf die Energiepreisproblematik, die jetzt akut sei – obwohl die Meiler noch am Netz seien. Auch das Nein der Bundesregierung zum Gas-Embargo gegen Russland verteidigt der Abgeordnete. „Wir sollten die Finger von Maßnahmen tunlichst weglassen, die uns am Ende selbst mehr schaden als Putin.“

Allein 35.000 Menschen arbeiten in der Automobilzuliefererbranche in Nordostbayern, hinzu kommt die textile und keramische Industrie, die hier einen Schwerpunkt hat. Ein Gas-Embargo würde die Situation auf dem Energiemarkt nochmals drastisch verschärfen und viele Jobs gefährden.

Adelt verspricht Piwonski, sich gemeinsam mit dem hochfränkischen SPD-Bundestagsabgeordneten Jörg Nürnberger dafür einzusetzen, dass die sich aktuell abzeichnende Lösung für die Glas- und keramische Industrie auch auf die Textilindustrie übertragen wird. Demnach sollen laut Nürnberger Unternehmen wegen der deutlich gestiegenen Energiekosten bei Gas und Strom mittels eines befristeten Kostenzuschusses von Februar bis September 2022 deutlich entlastet werden. Adelt hierzu: „Die Probleme sind ähnlich gelagert, unsere Textilbranche steht unter großem Druck und braucht auch Unterstützung!“



V.l.n.r.: Lukas Palla, Firma Iprotex GmbH & Co. KG, Timo Piwonski, Geschäftsführer, Iprotex GmbH & Co. KG, Wolfgang Feuerlein, Leiter Rechnungswesen Iprotex GmbH & Co. KG, SPD-Landtagsabgeordneter Klaus Adelt, Henning Vocke, Leiter Technische Prozesse, Iprotex GmbH & Co. KG und Patrick Leitl, Wissenschaftlicher Mitarbeiter MdL Klaus Adelt.

#adeltaufachse

Nach zwei Jahren Pandemie nutzte der Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport des Bayerischen Landtages, die sitzungsfreie Zeit für eine Informationsreise. In Lyon, Lausanne und Genf besuchte der Ausschuss neben Interpol auch die Internationale Rotkreuz- und Rothalbmond-Bewegung sowie das UN-Flüchtlingshilfswerk. Dabei ging es unter anderem um den schrecklichen Krieg in der Ukraine und seine Folgen für ganz Europa.



Die bayerische Delegation vor der Zentrale von Interpol.



Mit SPD-Abgeordneten Stefan Schuster beim Internationalen Roten Kreuz und Roten Halbmond.

Landesentwicklungsprogramm: Ländliche Regionen dürfen nicht benachteiligt werden

SPD-Abgeordnete Annette Karl und Klaus Adelt: Die Neubewertung der Gebietskategorien muss bisherige Anstrengungen von Gemeinden für gleichwertige Lebensverhältnisse berücksichtigen.

Die Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion für Landesentwicklung, Annette Karl, und Klaus Adelt, Sprecher für Kommunales und Betreuungsabgeordneter für den Stimmkreis Kronach-Lichtenfels, warnen vor einer Schlechterstellung von Regionen. Hintergrund ist die Neubewertung der Regionen im Rahmen des Landesentwicklungsplans (LEP). Anstelle von "ländlicher Raum mit Verdichtungsansätzen" sollen einzelne Gemeinden künftig als rein ländlicher Raum ausgewiesen werden. Die SPD warnt davor, dass solche Gemeinden dadurch Nachteile erfahren könnten. Nach Ansicht der SPD-Landtagsfraktion zeigt das Beispiel des Landkreises Kronach, dass der Einsatz für die Entwicklung des ländlichen Raums mit dem vorliegenden LEP-Entwurf nicht ausreichend anerkannt wird. Die SPD-Abgeordneten verweisen

gemeinsam mit Timo Ehrhardt, Bürgermeister von Ludwigstadt und Fraktionsvorsitzender der SPD-Kreistagsfraktion Kronach, auf die enormen Anstrengungen, die der Landkreis zuletzt unternommen habe. So seien mehr Wohnangebote bereitgestellt und der öffentliche Nahverkehr ausgebaut worden – also sei genau das gemacht worden, auf das jetzt im LEP ein besonderer Fokus gelegt werden soll.

Nach einem Gespräch mit Vertretern des Wirtschaftsministeriums äußert sich Annette Karl vorsichtig optimistisch: "Das Anliegen ist in der Landesplanung angekommen. Um die Kategorie zu erhalten und damit den Zusammenhalt in der Region zu stärken, muss über eine Art Bestandschutz nachgedacht werden. Dafür werden wir uns im Zuge der Teilfortschreibung des LEP weiterhin nachdrücklich einsetzen. Starke

Regionen bedeuten starke Lösungen für die Herausforderungen der Zukunft!"

Auch der oberfränkische Abgeordnete und Kommunalexperte seiner Fraktion Adelt betont die Notwendigkeit, bei der Einteilung der Regionen nachzubessern und warnt: "Gleichwertige Lebensverhältnisse in Bayern – das ist das Ziel des LEP. Es darf nicht der Eindruck entstehen, dass man davon abrückt und sich mit dem bestehenden Ungleichgewicht zufriedengibt."

Das Landesentwicklungsprogramm Bayern (LEP) unterteilt Regionen nach Bevölkerungsdichte und Größe in verschiedene Gebietskategorien: den ländlichen Raum, den ländlichen Raum mit Verdichtungsansätzen und den Verdichtungsraum. Die Neubewertung im Rahmen der laufenden Teilfortschreibung hätte eine Neuordnung zur Folge.

Patrick Leitl

Büroleiter, Wissenschaftlicher Mitarbeiter

Parlamentarische Anfragen, Öffentlichkeitsarbeit, Veranstaltungsorganisation



Sonja Peckelhoff

Mitarbeiterin

Büro- und Terminorganisation, Landtagsfahrten



KONTAKT

Bürgerbüro MdL Klaus Adelt

Von-der-Tann-Str. 1
95028 Hof

Tel: 09281/1602838

Fax: 09281/1602839

klaus.adelt.sk@bayernspd-landtag.de

homepage: klaus-adelt.de

facebook: [adelt.klaus](https://www.facebook.com/adelt.klaus)

Instagram: [klausadelt](https://www.instagram.com/klausadelt)

BÜRGERSPRECHZEITEN:

Das Bürgerbüro ist derzeit von Montag bis Donnerstag von 9 bis 16 Uhr, und Freitag von 9 bis 13 Uhr geöffnet.

